

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington



NEWS AUS WASHINGTON

Dezember 2003

Bush kämpft mit allen Mitteln um seine Wiederwahl

Franz-Josef Reuter/Caroline Kanter

Gesundheitsreform in den USA:

Epochenwerk und neues Wahlkampfthema

Franz-Josef Reuter/Ursula Carpenter

**Radioaktives Material—eine wachsende Gefahr im Krieg gegen den
Terror**

Franz-Josef Reuter/Jeffery Luppés

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Bush kämpft mit allen Mitteln um seine Wiederwahl

„Größte Grass-Roots-Kampagne aller Zeiten“

Franz-Josef Reuter/Caroline Kanter

Nachdem George W. Bush in den vergangenen Monaten quer durch die Vereinigten Staaten reiste, um bei Veranstaltungen jeglicher Art Spendengelder für seinen Wahlkampf zu aquirieren, hat sein Team nun weitere Wahlkampfinstrumente in den Bush/Cheney-Wahlkampf aufgenommen, mit dem Ziel, der Wiederwahl im Herbst 2004.

Die republikanische Zauberformel soll die „Größte Grass-Roots-Initiative (Kampagne an der Wählerbasis) aller Zeiten“ sein! Aufgrund des Fehlens eines republikanischen Kontrahenten in den Vorwahlen und den \$ 105 Millionen Spendengeldern, die Präsident Bush bereits sammeln konnte, kann das Bush-Team es sich leisten, früh und flächendeckend die „BC04-Kampagne“ zu starten. Während die demokratischen Kandidaten mit dem Nominierungskampf in der eigenen Partei beschäftigt sind, kann Bush die kommenden Wochen und Monate dazu nutzen, seine Wähler zu mobilisieren und damit frühzeitig einen Vorsprung zu den Demokraten aufzubauen. Bushs Wahlkampfmanager Ken Mehlman und andere Berater des BC04-Teams gehen davon aus, dass das Ergebnis auch bei den kommenden Präsidentschaftswahlen sehr knapp ausfallen wird, und kämpfen um jede Wählerstimme.

In jüngsten Umfragen, in der ersten Dezemberwoche 2003, fand Bushs Führungsstil 55% Zustimmung bei den Wählern, während 43% ihm schlechte Noten gaben. Damit kann Bush sich, im Vergleich zum Vormonat (50% Zustimmung vs. 47% Ablehnung; www.gallup.com), über eine steigende Popularitätsrate freuen. Diese positive Stimmung gilt es nun, richtig zu nutzen und weiter auszubauen.

Nach der Verhaftung von Saddam Hussein schnellte die Zustimmung Mitte Dezember noch weiter nach oben. Präsident Bush konnte wie erwartet von den jüngsten Entwicklungen profitieren und wurde für sein Vorgehen im Irak belohnt: bei 58% der Befragten fand seine Irakpolitik Zustimmung, wobei er sich damit um zehn Prozentpunkte im Vergleich zum Vormonat verbesserte. Die positive Bewertung von Bushs Irakpolitik wirkte sich auch auf seine allgemeinen Umfragewerte aus. Mit 57% Zustimmung konnte Bush sich auch in dieser Kategorie um vier Prozentpunkte im Vergleich zur Vorwoche verbessern.

Die amerikanische Bevölkerung ist allerdings noch immer tief in der Frage gespalten, ob es sinnvoll war, gegen den Irak in den Krieg zu ziehen. 53% der Bevölkerung bejaht diese Frage und stimmt damit mit Präsident Bush überein. 42% sind allerdings der Meinung, dass die USA falsch gehandelt haben, indem sie militärisch gegen Hussein vorging. Diese Zahlen blieben im Vergleich zum Vormonat unverändert.

Republikanische Wahlkampfstrategen wissen, dass durch hervorragende Wahlkampforganisation und Mobilisierung der Wähler allein, Bush keine zweite Präsidentschaftswahl gewinnen kann, denn Faktoren wie der Krieg im Irak und die wirtschaftliche Entwicklung spielen eine nicht unerhebliche Rolle bei der Wahlentscheidung (Bush findet zwar Zustimmung bei den Wählern für seine Außenpolitik – 54% Zustimmung vs. 43% Ablehnung, für seine Wirtschaftspolitik erhält er allerdings bislang unbefriedigende Noten: 48% Zustimmung vs. 49% Ablehnung; Gallup Poll vom 5.-7. Dez.; www.gallup.com). Da republikanische Wahlkampfstrategen die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen nicht nachhaltig beeinflussen können, sind sie umso mehr entschlossen, den Handlungsspielraum, z. B. bei der Mobilisierung ihrer Wähler, richtig zu nutzen.

Howard Dean, ehemaliger Gouverneur von Vermont und vielversprechender demokratischer Bewerber um das Präsidentenamt, ist es bereits gelungen, sich mit Hilfe des Internets publik zu machen und für die eigene Sache zu werben. Doch nicht nur beim Spendensammeln, sondern auch beim Zugang zu potentiellen Wählern und Anhängern kann keiner der demokratischen Kandidaten Präsident Bush das Wasser reichen: Bushs Wahlkampfteam hat einen e-mail Verteiler mit 6 Millionen Mitgliedern – zehnmal so groß, wie der von Howard Dean, der im demokratischen Lager über das größte e-mail Netzwerk verfügt. Wähler werden durch diesen Newsletter in regelmäßigen Abständen über aktuelle Themen und den Wahlkampf des Präsidenten informiert und dazu aufgerufen, durch Spenden oder aktive Teilnahme den Wahlkampf zu unterstützen.

Ken Mehlman macht eines deutlich: das BC04-Wahlkampfteam kämpft mit allen Mitteln um die Gunst der Wähler. Die persönliche Kontaktaufnahme zu den Bürgern und die Rekrutierung neuer Wähler werden in den kommenden Wochen und Monaten oberste Priorität im Wahlkampf sein.

Republikaner wie Demokraten besinnen sich dabei auf alte Konzepte: "shoe-leather techniques"! Wahlkampfmanager beider Lager haben erkannt, dass TV-Spots und Werbebroschüren allein nicht ausreichen, um Wähler an die Urne zu bringen, sondern persönliche Gespräche oft wesentlich effektvoller sind. Republikanische Berater gehen davon aus, dass die Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen bei Bürgern, die nur unregelmäßig wählen, vier Mal höher ist, wenn sie ein persönliches Gespräch mit einem Wahlkampfunterstützer geführt haben, anstatt lediglich einen Telefonanruf oder eine Broschüre zu erhalten.

Für diese Aktionen ist die GOP (Grand Old Party) bereit, tief in die Tasche zu greifen, denn es bedarf des intensiven Trainings und der Überzeugung langjähriger Parteiaktivisten, die zukünftig nicht mehr lediglich Broschüren einwerfen, sondern direkte Gespräche mit den Bürgern führen sollen (Nichts desto trotz werden nach wie vor TV-Spots die „Grass-Roots-Kampagne“ finanziell übertreffen).

Im Vergleich zu früheren Wahlkämpfen hat sich die Führungsriege im Bush-Cheney-Team zu einem ungewöhnlich frühen Zeitpunkt dazu entschlossen, intensiv mit Beratern und freiwilligen Helfern in den einzelnen Bundesstaaten zu arbeiten, um die Kampagne voranzubringen. Alle 14 Tage findet beispielsweise eine Telefonkonferenz zwischen dem Hauptsitz des Wahlkampfteams in der Nähe von Washington, DC mit den freiwilligen Helfern und den gewählten Vertretern in Ohio statt, um sich über Rekrutierungsbemühungen und aktuelle Entwicklungen auszutauschen.

Die Wahlkampfberater haben nicht nur ungewöhnlich früh mit der flächendeckenden Kampagne begonnen, sie haben auch strikte Deadlines für den organisatorischen Aufbau des Wahlkampfes gesetzt. In Ohio war z. B. der 1. Dezember Stichtag für die Rekrutierung der Vorsitzenden in den 88 Counties des Bundesstaates.

Aufgrund der Restriktion der so genannten "soft money"-Spenden durch neue Wahlkampfgesetze sind Republikaner wie Demokraten mehr denn je auf freiwillige unbezahlte Helfer angewiesen. Demokraten haben den Vorteil, dass ihre Interessensgruppen, wie z. B. Gewerkschaften, ihre Wähler sehr gut mobilisieren können. Obwohl die Republikaner ein eigenes Netzwerk von Anhängern haben, wie die National Rifle Association, die Christian Coalition oder die National Federation of Independent Business, sind diese längst nicht so straff organisiert wie die Anhängerschaft der Demokraten.

Die detaillierte Organisation in den einzelnen Counties demonstriert, welchen hohen Stellenwert die Wahlkampfstrategen der „Grass-Roots-Kampagne“ beimessen. Neben einem Vorsitzenden gibt es in jedem County stellvertretende Vorsitzende für einzelne Arbeitsbereiche, die wie z. B. für Wählerregistrierung, freiwillige Helfer oder für die Website verantwortlich sind.

Das Republican National Committee (RNC) ist nun dabei, tausende freiwillige Wahlkampfhelfer verschiedener Counties auszubilden, um in den letzten Tagen vor der Wahl durch "door to door"-Kampagnen die Bürger zu den Wahlurnen zu bewegen. Das "72-hour project", die Mobilisierung der Bürger in den letzten Tagen vor der Wahl, das sich bereits bei den letzten Wahlen ausgezahlt hat, soll in diesem Wahlkampf noch stärker verfolgt werden.

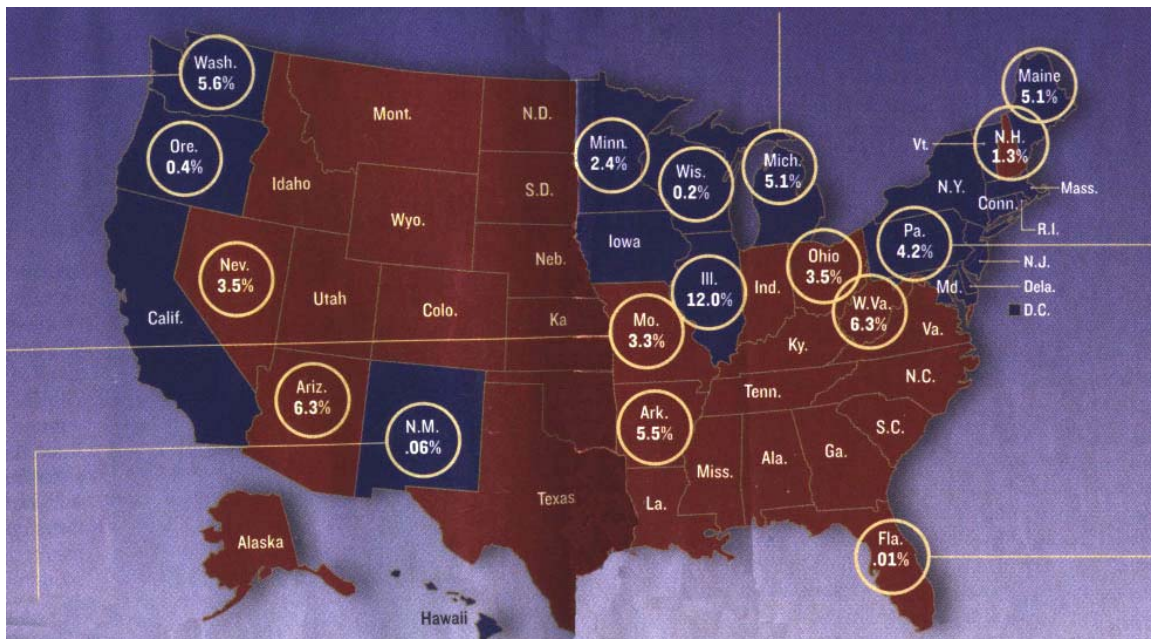
Die Präsidentschaftswahlen 2000, wie auch die Wahlen zum US-Kongress, haben eines deutlich gemacht: Die Nation ist in ihrem Wahlverhalten geteilt. Im Abgeordnetenhaus sind die Republikaner zwar mit 228 Sitzen (Demokraten: 205 Sitze) die stärkste Partei, aber im Senat verfügen sie mit 51 Sitzen (Demokraten: 48 Sitze) lediglich über eine knappe Mehrheit.

Das Wahlkampfteam zielt nicht nur auf die Mobilisierung der Wähler ab, sondern es wird auch die Rekrutierung neuer republikanischer Parteimitglieder

angestrebt. Das RNC, in Kooperation mit den einzelnen Bundesstaaten, hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, drei Millionen Bürger bis zum Wahltag als Republikaner zu registrieren. Umfragen zeigen, dass 90% aller als Republikaner registrierten Wähler für Bush bei den anstehenden Wahlen stimmen werden. Lediglich Ronald Reagan konnte einen so hohen Beliebtheitsgrad in den eigenen Reihen aufweisen. Aufgrund dessen scheut die GOP keine Kosten und Mühen, neue Parteimitglieder zu gewinnen. So werden neue US-Bürger im Anschluss an Zeremonien, bei denen sie zu US-Bürgern ernannt werden, direkt angesprochen, sich als Republikaner einzuschreiben. Auch bei Sportveranstaltungen, wie dem Autorennen NASCAR, werden fleißig neue Wähler rekrutiert.

In New Hampshire erhalten neue Hauseigentümer einen Willkommensbrief von der GOP, der auf die politischen Ziele der Republikaner hinweist, wie z. B. die Ablehnung von Steuererhöhungen. Bei einem vom RNC organisierten Frühstück in Arkansas wurde ca. 100 Priestern erörtert, wie sie einen Beitrag zur BC04-Kampagne leisten können, indem sie Kirchgänger zur Registrierung aufrufen.

Das RNC hat 17 Bundesstaaten identifiziert, in denen Bush bei den letzten Wahlen entweder eine knappe Mehrheit erzielen konnte, oder eine knappe Niederlage hinnehmen musste. Nun ist es das oberste Ziel der Wahlkampfstrategen, Bush gerade in diesen 17 Bundesstaaten einen hinreichenden Vorsprung zu verschaffen, um die Wahlen 2004 zu gewinnen.



blau: Bundesstaaten, die Präsident Bush im Jahr 2000 verloren hat
rot: Bundesstaaten, die Präsident Bush im Jahr 2000 gewonnen hat
die Prozentzahlen weisen auf den Prozentsatz hin, mit der Präsident Bush den jeweiligen Bundesstaat gewonnen bzw. verloren hat

Quelle: Newsweek, 6. Oktober 2003, S. 30/31

Das RNC hat für die einzelnen Bundesstaaten berechnet, welche Anzahl neuer Republikaner rekrutiert werden muss, um eine komfortable Mehrheit im Jahr

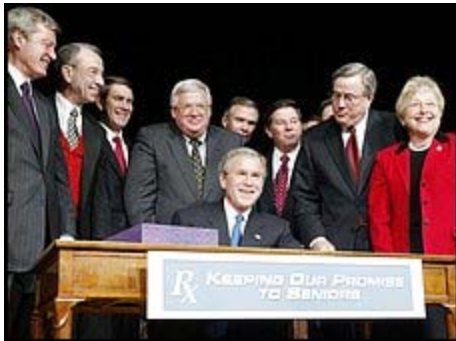
2004 erzielen zu können. Präsident Bush hatte z. B. den Bundesstaat Oregon mit ca. 7.000 Wählerstimmen bei den letzten Wahlen an seinen Kontrahenten Al Gore verloren. Das Ziel des RNC ist es nun, in Oregon 45.000 neue Republikaner zu rekrutieren, um die Chancen für Bush insbesondere in diesen Bundesstaat im nächsten Jahr signifikant zu erhöhen.

Gesundheitsreform in den USA: **Epochenwerk und neues Wahlkampfthema**

Franz-Josef Reuter/Ursula Carpenter

Epochale Gesundheitsreform neues Wahlkampfthema in den USA

Schöner hätten sich die Wahlkampfmanager diesen Glanzauftritt des US-Präsidenten nicht ausmalen können: vor einem blauen Banner mit der Aufschrift "Wir halten unser Versprechen an die Senioren" setzte am 8. Dezember Präsident George Bush mit seiner



Unterschrift das Gesetz zur umfangreichsten Gesundheitsreform seit 38 Jahren in Kraft. Hinter dem strahlenden Präsidenten stehen die republikanischen Vorkämpfer des Reformvorhabens, die Ende November im Senat und Repräsentantenhaus die immer wieder totgesagte milliardenschwere Reform für das Weiße Haus durchboxten. Mit der Verabschiedung des Gesetzes im US-Kongreß lieferten die Republikaner ihrem Präsidenten nicht

Quelle: The Washington Post

nur den Politikertraum vom eingehaltenen Wahlversprechen, sondern bescherten ihm zudem ein Schachmatt für die Demokraten auf dem traditionell von ihnen besetzten Spielfeld der Gesundheitsversorgung. Das Reformwerk – schon vor seiner Geburt erbittert umkämpft – steht weiterhin von beiden Seiten des politischen Spektrums unter Beschuß und verspricht nun, in dem sich zu Beginn des neuen Jahres aufheizenden Präsidentschaftswahlkampf, ein heißes Wahlkampfthema zu werden.

Warum Gesundheitsreform?

Das amerikanische Gesundheitssystem zeichnet sich grundsätzlich dadurch aus, daß es keine universelle gesetzliche Krankenversicherung gibt. Die Mehrheit der Amerikaner sind über ihren Arbeitgeber oder über private Krankenversicherungen versichert. Über 43 Millionen Amerikaner verfügen über keinerlei Krankenversicherungsschutz. Erst 1965 schuf Präsident Lyndon Johnson, der demokratische Architekt der "Great Society", mit der Gründung von "Medicare" eine staatlich finanzierte Gesundheitsversorgung für ältere und behinderte Menschen, die allen Senioren ab 65 Jahren Zugang zur ärztlichen Versorgung und Krankenhausaufenthalten zusicherte. Aufgrund der Fortschritte in der

Arzneimittelforschung der letzten Jahrzehnte stieg jedoch der Medikamentenkonsument in der durch das Medicare-System abgedeckten Bevölkerungsgruppe enorm. Da die traditionelle Medicare-Versorgung eine Arzneimittelversorgung nur bei Krankenhausaufenthalten vorsieht, wurde diese medizinische Versorgungslücke bei der, in der letzten US-Präsidentenwahl entscheidenden, Bevölkerungsgruppe der älteren Generation zu einem Thema, dem sich die amerikanischen Politiker nicht mehr entziehen konnten. Insbesondere angesichts der alternden geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge der "baby boom" Generation (77 Millionen Menschen), die in den nächsten Jahren die Kapazität des staatlichen Gesundheitsprogrammes zu sprengen droht, war diese Strukturveränderung notwendig, um den Kollaps des Programms zu verhindern.

Was bringt die Reform?

Ziel der Reform, so Präsident Bush bei der Unterzeichnung des Gesetzes, ist die "Modernisierung dieses vitalen Programmes", das zur Zeit etwa 40 Millionen Amerikaner über 65 gesundheitlich versorgt. Kernstücke der Novelle sind die Verbesserung der Arzneimittelversorgung der Medicare-Versicherten durch Kostenerstattungen für rezeptpflichtige Medikamente in Form einer freiwilligen, privaten Zusatzversicherung, die staatlich subventioniert wird, sowie die Öffnung des diese Bevölkerungsgruppe abdeckenden Gesundheitsmarktes für den Wettbewerb durch private Versicherungsanbieter. Private Versicherer sollen ab 2010, im Rahmen eines sechsjährigen Testprogramms, in sechs Großstädten in Konkurrenz zu Medicare treten. Darüber hinaus ermöglicht das neue Gesetz Steuererleichterungen für die Einrichtung von Gesundheitssparkonten. Danach können Steuerzahler, die eine Police mit hoher Eigenbeteiligung haben, einen Teil ihres Einkommens, bis zu einer Höchstsumme von 2000 Dollar pro Jahr, pro Familie steuerfrei zurückstellen. Die meisten Reformleistungen treten ab 2006 ein, ein Arzneimittelermäßigungsausweis ist jedoch den Medicare-Versicherten bereits ab Juni nächsten Jahres zugänglich. Zudem verbietet die Gesetzesreform Preisbeschränkungen bei Medikamenten und den Import billigerer Arzneien aus dem Ausland (mit Ausnahme von Arzneien aus Kanada, die vom US-Gesundheitsministerium genehmigt wurden). Ein detaillierter Überblick zu Neuerungen im Medicare-Plan findet sich unter:

http://www.washingtonpost.com/wp-srv/health/daily/graphics/medicare_112603.html?referrer=emailink&referrer=emailink

Wem nützt die Reform, wem schadet sie?

- **Senioren**

Nutznieser der Reform sind insbesondere Rentner mit geringem Einkommen und Senioren mit hohen Gesundheitskosten im Ernstfall sowie chronisch Kranke mit anhaltend hohen Arzneimittelkosten. Senioren aus den höheren Einkommenschichten und Rentner mit mittelhohen Arzneimittelkosten könnten in Zukunft durch neu erforderliche Eigenleistungen schlechter dastehen.

- **Pharmaindustrie**

Die Pharmaindustrie ist begeistert von der Reform, denn der Umsatz der Pharmakonzerne wird nach Berechnungen der Investmentbank Merrill Lynch durch die neue Arzneimittelversicherung jährlich um 10 Milliarden Dollar (2 Prozent) steigen, die Gewinne um 4,7 Milliarden Dollar. Für die Pharmaindustrie von Vorteil ist das Verbot von Preisbeschränkungen und das Einfuhrverbot von billigeren Arzneien aus dem Ausland. Sollten die Arzneimittelpreise jedoch künftig zu stark ansteigen, könnte dies langfristig zu Preiskontrollen führen. Allerdings rechnet man damit, dass der Arzneimittelermäßigungsausweis zu Preissenkungen und damit Profiteinbußen führen könnte.

- **Ärzte und Krankenhäuser**

In den nächsten Jahren können Ärzte und Krankenhäuser mit höheren staatlichen Medicare-Zahlungen rechnen. Vor der Verabschiedung der Reform hatten Gesundheitsleistungsanbieter allein für das Jahr 2004 mit einer 4.5 prozentigen Kürzung bei Medicare-Zahlungen gerechnet. Jetzt erhöhen sich diese Zahlungen, und Krankenhäuser erwarten jährliche Zahlungssteigerungen von bis zu 3.5 Prozent. Da das neue Gesetz vorsieht, die Zahlungen an ländliche Krankenhäuser an die traditionell höheren Zahlungen an städtische Krankenhäuser anzugleichen, werden in Zukunft ländliche Krankenhäuser hier am besten abschneiden.

- **Arbeitgeber**

Arbeitgeber erhalten in den nächsten Jahren bis zu 70 Milliarden Dollar Steuererleichterungen dafür, dass sie die Arzneimittelversicherung, die sie bereits pensionierten Mitarbeitern anbieten, weiterhin beibehalten.

- **Krankenversicherungen**

Subventionen in Höhe von 12 Milliarden Dollar sollen Privatversicherungen ("managed care plans") dazu anreizen, ab 2010 in den Wettbewerb unter einander sowie mit dem staatlichen Medicare-Plan zu treten.

- **Steuerzahler**

Trotz Steuererleichterungen bei der Einrichtung von Gesundheitssparkonten für Versicherungsnehmer mit hohen Eigenleistungen sieht die Prognose für den amerikanischen Steuerzahler überwiegend schlecht aus. Kongreßmitglieder beider Parteien sind sich darin einig, dass die für das Reformpaket in den nächsten zehn Jahren angesetzten 400 Milliarden Dollar lediglich eine Anzahlung auf die realen künftigen Kosten sein werden und somit die künftigen de facto-Kosten auf die nächste Generation der Steuerzahler abgewälzt werden.

Kritik der Demokraten: Trojanisches Pferd

Noch bevor Präsident Bush das historische Reformgesetz unterzeichnete, hatten sich führende Demokraten aus dem US-Kongress zu einer Protestversammlung mit amerikanischen Senioren zusammengefunden. Als langjähriger Wortführer und Verfechter einer demokratischen Gesundheitsreform kritisierte Senator Edward Kennedy die Medicare-Reform als eine künftige Bedrohung des staatlichen Gesundheitsprogrammes. Die Demokraten hatten



Quelle: The Washington Post

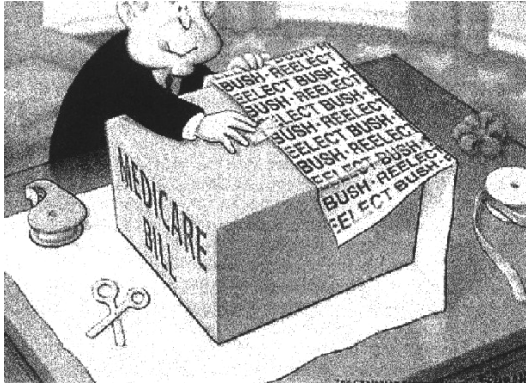
bis zuletzt versucht, das teure Gesetz zu ändern, scheiterten jedoch, nachdem der einflußreiche Seniorenverband AARP auf die Linie der Republikaner umschwenkte. Unter dem politischen Druck, endlich eine Arznei-mittelleistung für Medicare durchzusetzen, knickten viele Demokraten ein und stimmten dann doch für das Gesetz, das aus den eigenen Reihen als Ausverkauf des Staatsprogrammes bekämpft wurde. Der demokratische Mehrheitsführer im Senat, Tom Daschle [im Bild mit Senator Kennedy], befürchtet, daß durch den Wechsel vieler Rentner in die private Gesundheitsversorgung das staatliche Programm ausgehöhlt werde, und beschimpfte das Gesetz als "trojanisches Pferd", das den Kollaps von Medicare bedeute.

Kritik der Republikaner: Staatsplünderung

Für eingefleischte Konservative stellt das neue Gesetz den Verrat an republikanischen Werten dar. Statt schlankem Staat beschere die Reform eine weitere Aufblähung des Staatshaushaltes, der im nächsten Jahrzehnt das Haushaltsdefizit um 400 Milliarden Dollar erhöhe. Der republikanische Senator Judd Gregg stimmte daher gegen die Verabschiedung des Medicare-Gesetzes und bezeichnete es als "massive Steuererhöhung für künftige Generationen." Auf der Meinungsseite des konservativen *Wall Street Journal* wurde Präsident Bush als Verantwortlicher für das "Medicare Fiasko" angeklagt. Andere konservative Stimmen bezichtigten ihren Präsidenten kopfschüttelnd als "champion big-spending president", der alle Kontrolle über seinen Staatshaushalt verloren habe und damit künftige Steuersenkungen vereitele. Das Congressional Budget Office rechnet damit, daß die Ausgaben nach dem ersten Jahrzehnt von 400 Milliarden Dollar im Folgejahrzehnt auf 2 Billionen Dollar steigen werden. Vor diesem Hintergrund war es nicht verwunderlich, dass der ehemalige republikanische Mehrheitsführer im US-Repräsentantenhaus, Dick Armey, seine Parteigenossen öffentlich zur Revolte gegen das Reformgesetz aufrief. Diesem Aufruf folgten auch prompt führende Republikaner im Senat, u.a. die Senatoren Trent Lott, Don Nickles, John McCain und Chuck Hagel. Genützt hat es indes nicht. Präsident Bush konnte sich mit seinem Gesetzesvorhaben im Senat eine Mehrheit von 54:44 sichern.

Ausblick: Die Auseinandersetzung hat gerade erst begonnen

Mit dem Inkrafttreten der Gesundheitsreform freuen sich die Republikaner nun auf einen beträchtlichen politischen Aufwind. Republikaner, die für das Gesetz votierten, waren



bereits in der Vergangenheit Nutznießer der größten Spenden aus der Pharma- und Versicherungsindustrie. Mehr als 20 Spender, die für Bushs nächste Kandidatur bereits jeweils 100 000 – 200 000 Dollar gesammelt haben, profitieren unmittelbar von dem neuen Gesetz. Mit der Gesundheitsreform gelang somit Präsident George Bush ein doppelter wahlkampf-strategischer Coup: innenpolitisch triumphiert er als konservativer Politiker mit

Quelle: The Christian Science Monitor

Herz ("compassionate conservative") und erhascht sich damit nicht nur die Wählerstimmen der älteren Generation, sondern auch die monetäre Dankbarkeit seiner größten Wahlkampfspender. Um bei den eigenen Wählern der demokratischen Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen, hält die Internet-Seite der Bush/Cheney 2004-Kampagne die Leser an, eine republikanische E-mail-Replik an alle Freunde weiterzuleiten, in der TV-Spots mit tollwütig-klingenden Demokraten einer ruhig-souveränen Stimme gegenüberstehen, die den Internetbesucher aufruft, den Präsidenten zu unterstützen: "While Democrats are attacking, President Bush is leading our nation".

<http://www.GeorgeWBush.com/AngryDemocrats/>

Dieser republikanische Präventivschlag ist umso verständlicher angesichts der lauwarmen Resonanz, auf die laut ersten Umfrageergebnissen die Gesundheitsreform bisher bei der US-Bevölkerung gestoßen ist. Laut einer Washington Post/ABC-Umfrage spricht sich gegenwärtig eine relative Mehrheit der Befragten (38 Prozent) gegen das neue Gesundheitsgesetz aus, lediglich 32 Prozent befürworten das Reformwerk, während 30 Prozent dazu keine Meinung vertraten. Niemand ist unter den Demokraten über den republikanischen Sieg frustrierter als Senator Edward Kennedy, der sich seit Jahren das Thema Gesundheitsreform auf die Fahne geschrieben hatte. Der prominenteste Sozialpolitiker der Demokraten verlor keine Zeit mit dem Gegenangriff seiner Partei und sagte George Bush umgehend den Kampf an: "Sie haben uns ausverkauft. Also werden wir alles, was Sie getan haben, wieder rückgängig machen."

Fazit: Schritt in die richtige Richtung

Präsident Bush ist mit der Verabschiedung der Medicare-Novelle eine längst überfällige Reform des amerikanischen Gesundheitssystem gelungen. Mit dem Kernstück der Reform, das Millionen von älteren Amerikanern in Zukunft besseren Zugang zu Arzneimitteln ermöglicht, wurde eine medizinische Versorgungslücke geschlossen, die

amerikanische Politiker seit Jahrzehnten entweder vernachlässigt hatten oder aus politischen Gründen nicht in der Lage waren, zu schließen. Auch wenn Republikaner aus den eigenen Reihen und Demokraten künftig weiter an der Perfektionierung des Gesetzes arbeiten werden, wird niemand verleugnen können, daß George Bush nicht nur ein politischer Sieg, sondern auch ein Epochenwerk gelungen ist, das auch die Kritiker als guten Ausgangspunkt und Schritt in die richtige Richtung bezeichnen.

Radioaktives Material—eine wachsende Gefahr im Krieg gegen den Terror

Franz-Josef Reuter/Jeffrey Luppés

Der Schmuggel von nuklearem bzw. radioaktivem Material aus der ehemaligen Sowjetunion war seit dem Ende des Kalten Krieges in Sicherheitskreisen in Washington ein bekanntes Risiko. Aufgrund dessen hat die US-Regierung, gemeinsam mit Russland, bereits 1993 das *Materials Protection, Control and Accounting Program* – unter der Ägide des 1991 inkraftgetretenden *Nunn-Lugar Cooperative Threat Reduction (CTR) Program* – zur Sicherung der Unmengen von nuklearen Mitteln in Eurasien, ins Leben gerufen. Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 und der steigenden Anzahl von illegalem Handel mit radioaktiven Material überall auf der Welt, wird die Drohung eines Terrorangriffs mit einer sogenannten *dirty bomb* („schmutzige Bombe“), einem am 30. November erschienenen Berichts der Washington Post zufolge, immer wahrscheinlicher.

In einer Reihe alarmierender Vorfälle im Kaukasus, Osteuropa, Westafrika und Südamerika haben organisierte Kriminelle radiologische Geräte gestohlen, um sie wieder zu verkaufen oder als Erpressungsmethode einzusetzen. Obwohl der illegale Handel mit radiologischen Mitteln schon vorher von Opportunisten und einzelnen Akteuren – die einfach einen schnellen Profit suchten – betrieben wurde, ist es das wachsende Interesse von Schmugglerbanden und kriminellen Netzwerken, das die internationalen Waffenexperten befürchten lässt, die Materialien könnten in die Hände von Terrororganisationen geraten. Im Sommer 2002 wurde die Gefahr noch deutlicher, nach der Festnahme eines zum Islam konvertierten US-Staatsbürgers, der angeblich in Afghanistan ausgebildet worden sei und plante, eine *dirty bomb* zu konstruieren und in Washington zu zünden.

Das *dirty bomb*-Szenario

Die schlichte Tatsache, daß professionelle Schwarzhändler und Kriminelle nun gezielt unbearbeitetem radioaktiven Stoff nachjagen, macht es stets wahrscheinlicher, dass Terroristen diese Mittel auch tatsächlich acquirieren werden. Der schiere Umfang von solchem Material in der Welt hat die Nuklearwissenschaftler des *Los Alamos National Laboratory* dazu veranlasst, eine Studie im September dieses Jahres zu veröffentlichen, in der es heißt, eine Attacke mit einer *dirty bomb* sei „überfällig.“

Als Folge der immerzu ernsthafter werdenden Wahrnehmung dieser Bedrohung, haben die Bush-Administration und die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) weitreichende Initiativen eingeführt, die beabsichtigen, das Material weltweit ausfindig zu machen und zu sichern. Bei der US-Energiebehörde setzte Minister Spencer Abraham dieses Ziel als oberste Priorität, gleichwertig mit dem der Sicherung von Nuklearwaffen in der ehemaligen Sowjetunion.

Eine schmutzige Bombe ist keine Nuklearwaffe, sondern besteht aus herkömmlichem Sprengstoff, der mit radioaktivem Material ummantelt ist. Bei einer Explosion wird der Stoff freigesetzt, was die Strahlenverseuchung dann über ein breites Gebiet verteilt. Im Vergleich zu Nuklearwaffen oder sogar zu Bio- bzw. Chemiewaffen seien *dirty bombs* technologisch sehr simpel, und würden auf jeden Fall unter die Fähigkeiten internationaler Terrorgruppen fallen, so US-Waffenexperten. In der Tat seien Dokumente vor zwei Jahren in Ausbildungslagern in Afghanistan von US-Soldaten entdeckt worden, die suggerieren, dass al-Qaida plane, solche Bomben zu bauen und dass sie möglicherweise schon Materialien dafür gesammelt hätten.

Obwohl Wissenschaftler sich streiten, was für Konsequenzen die nachfolgende Verstrahlung nach einem derartigen Terrorangriff in einem dicht bevölkerten Gebiet anrichten könnte, sind sie sich über eines einig: Die Zündung einer schmutzigen Bombe in einer modernen Metropole würde sicherlich eine große Panik freisetzen und einen gesellschaftlichen Umbruch auslösen. Außerdem hätte eine solche Bombe katastrophale Folgen auf die Wirtschaft – so die Waffenexperten – denn die Strahlenverseuchung würde beträchtliche Stadtteile monate- bzw. jahrelang unbewohnbar machen. Die Kosten der Evakuierung und der Reinigungsarbeiten wären enorm.

Es gibt indes erneut Debatten, welche Auswirkungen die Verstrahlung auf die Bevölkerung haben würde, da viele Strahlenforscher seit langem der Auffassung sind, nur diejenigen, die in unmittelbarer Nähe der Explosion seien, befänden sich in Lebensgefahr. Neue Analysen deuteten aber auf größere Gefahren hin. Allerdings hänge das Ausmaß der Verletzungen wesentlich vom verwendeten Material ab, wie das Mittel verteilt werde sowie wie schnell die Opfer ärztlich behandelt würden.

Ein weltweites Problem

Das Problem wird vornehmlich im instabilen Kaukasus gesehen. Auf der Kreuzung zwischen Europa, dem Nahen Osten und Asien stehen instabile Regierungssysteme, mit meist durchlässigen Grenzen, korrupten Zollbeamten und mangelnder Strafverfolgung. Dies stellt die Regierungen der ganzen Welt vor eine neue Herausforderung: Wie können sie den illegalen Handel mit radioaktiven Material stoppen? Und wie halten sie die Terroristen von diesem – teilweise völlig legalen und in privaten Händen befindlichen, teilweise einfach als unbrauchbar beiseite gelegten – Material fern?

Als besonders problematisch schätzen die US-Behörden die Lage in Georgien ein – das Land, das längst als Deponie für radioaktive Abfälle und Geräte gilt. Regelmäßig tauche in den Bergen und Tälern des Landes entdecktes radioaktives Material, auf dem

Schwarzmarkt in der Hauptstadt Tiflis auf, beinahe so häufig wie Drogen oder Kalaschnikows. Unterdessen finanziert das Schmuggeln von solchen Materialien die jeweiligen Separatistenbewegungen im Lande (Adscharian, Abchasien, und Süd-Ossetien) sowie die im angrenzenden Tschetschenien.

Die von den Terroristen begehrten Komponenten einer *dirty bomb* befinden sich aber nicht nur in der ehemaligen Sowjetunion. Tausende solcher stark radiologischen Utensilien wurden zu verschiedenen legitimen Zwecken gebraucht, von Medizin über Metallurgie bis zum Bergbau. Offensichtlich nehmen die Kriminellen diese Apparate auch ins Visier. Im vergangenen Jahr wurden sowohl in Ecuador sowie in Nigeria radiologische Instrumente aus Firmen gestohlen. In Ecuador musste die Firma der Schmugglerbande \$1000 pro Stück Lösegeld bezahlen, um die Geräte wieder zurückzubekommen, während das Instrument aus Afrika mysteriöser Weise auf einem Schrottplatz in Deutschland aufgefunden worden ist. Solche immer typischer werdenden Fälle weisen auf die Schwierigkeiten hin, die die internationale Gemeinschaft hat, aufgrund der vielen Geräte sowie der etablierten Schleichhandelsnetzwerke, dieses Problem zu lösen.

Auf der Homepage des Miturhebers des CTR-Programms, von US-Senator Richard Lugar, werden die Errungenschaften des Programmes aufgelistet; u.a. wurden „5990 nukleare Sprengköpfe deaktiviert“ und „479 Raketengeschosse zerstört“. Als Lugar im November d.J. auf einer Konferenz sprach, beklagte er sich über die mangelnde Wahrnehmung der Drohung, die ABC-Waffen in den Händen von Terroristen sowohl in den USA als auch im Rest der Welt darstellten. Der US-Senator trat für eine Ausdehnung des Programms über die Grenzen der ehemaligen Sowjetunion hinaus ein, um global den illegalen Handel mit diesen Materialien zu verhindern. Daß es dazu kommen wird, bevor es zu spät ist, kann nur gehofft werden.